

## 101 der Beilagen. — Konstituierende Nationalversammlung.

# Antrag

der

Abgeordneten Dr. Straffner, Dr. Wutte, v. Clessin  
und Genossen

betreffend

die Überprüfung des Staatsgesetzes vom 5. Dezember 1918 über die deutsch-  
österreichische Staatsbürgerschaft.

Sowohl in den staatlichen Zentralstellen, als auch bei den früheren Statthaltereien, Landesregierungen und den denselben unterstellten Stellen befinden sich noch heute eine große Anzahl von Staatsangestellten, die bis zum Zusammenbruche der alten Monarchie kein Gehl daraus machten, daß sie überzeugte Slawen, Italiener oder Angehörige einer anderen Nation sind. Erst in dem Augenblicke des Zusammenbruches und der Ungewißheit, ob diese Staatsangestellten in den neuen Nationalstaaten auch eine entsprechende Stelle erlangen werden, haben diese Staatsangestellten das Gehöbnis auf den deutschösterreichischen Staat abgelegt. Die auf die Staatszugehörigkeit von den einzelnen Ämtern angestellten Erhebungen sind vielfach ganz oberflächlich geführt worden.

Wir beantragen daher:

Das Haus wolle beschließen:

„Das Staatsgesetz vom 5. Dezember 1918 über die deutschösterreichische Staatsbürgerschaft ist einer sofortigen Überprüfung zu unterziehen.“

In formaler Beziehung wird beantragt, für die Überprüfung der zweifelhaften Fälle aus dem Hause einen eigenen Ausschuß einzusetzen.

Wien, 13. März 1919.

Dr. Ursin.  
Wedra.  
Josef Thamer.  
Ferd. Grahamer.  
Rittinger.

Dr. Straffner.  
Dr. Wutte.  
v. Clessin.  
Wimmer.  
Schöchtner.  
A. Müller-Guttenbrunn.